

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnementspreis: Durch unsere Boten
wird das Blatt monatlich 20.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Anzeigen-
stellen für Auslieferung die Postanstalten
 entgegen. — Erscheint wochentlich.
Verlagsort: Annaberg Nr. 53.
Telegraphische Anzeiger-Nummer: 152.

Abonnementspreis: Die Abonnementpreise
bestimmen sich nach dem Ort und nach
dem Umfang des Abonnementes. —
Anzeigen 4.00 Mark, Reklamations-
preise 11.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nummer: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 152

Montag, den 3. Juli 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

In dritter Lesung und damit endgültig nahm der Reichstag das Gesetz über die Verleumdung mit 217 gegen 137 Stimmen an.

In der Rathenaufsehen Mordangelegenheit sind wieder verschiedene Verhaftungen wegen Verdachtes der Beihilfe erfolgt. Es zeigt sich immer mehr, daß das Verbrechen der Mordgenitalie sich fast über ganz Deutschland ausgebreitet hat.

Im französischen Senat hielt Poincaré eine neue Gewalt- und Sühne.

Das Militärdienstpflichtgesetz wurde von der französischen Kammer mit 404 gegen 220 Stimmen angenommen.

Zum Schutze der Republik.

(Informationen unseres parlamentarischen Mitarbeiters.)

Es wird immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes bleiben, daß die Novemberrevolution des Jahres 1918 einen so unblutigen Verlauf genommen hat und daß keinem einzigen ihrer Männer gegen die sich die Volkswut am empfindlichsten richtete, auch nur ein Haar gekrümmt worden ist. Zum zweiten Male hat sich diese bewundernswürdige Disziplin des deutschen Volkes, und vor allem der deutschen Arbeitermassen nach der Ermordung Rathenaus aufs glänzendste erwiesen. Einzige Ausnahmefälle, die da und dort passiert sind, sind aufs Schärfste zu verurteilen, doppelt zu verurteilen, weil sie nur Wasser auf die Mühle derer leisten, die darauf warten, in linksradikalen Unruhen einen Vorwand zu ungesetzlichen Vorstößen gegen die Republik zu finden, vermögen an dem Gesamtbild nichts zu ändern. Diese gerade in der gegenwärtigen Zeit unerschütterliche und nennenswerte Gesinnungsgemeinschaft aller demokratischer und republikanischer Parteien und Kreise droht nun leider eine ernstliche Erbsünde zu erfahren, und zwar bedauerlicherweise gerade in dem Maße, in dem sie alle grundsätzlich einig sind, nämlich in dem Streben nach einem gesetzlichen Schutze der Republik. Das alte Erbsünde der Deutschen, die Selbstbehauptung und Selbstverleugung, die wir trotz aller bitteren Lehren gegenüber den äußeren Gegnern noch nicht verlernt haben, zeigt sich leider auch hier, wo es gegen einen inneren Feind geht. Hat uns die Entente nicht verlehrt, so scheint es, daß uns der innere Feind erst mit Skorpionen zutreiben muß, bis wir wirklich endlich einmal einig werden und zusammenstehen zum Schutze der Republik.

Es ist bekannt, daß die Notverordnung des Reichspräsidenten schon in den nächsten Tagen einen gesetzgeberischen Niederschlag finden wird. Für dieses kommende Gesetz hat bekanntlich die Deutsche Demokratische Partei bestimmte Forderungen aufgestellt und ebenso die drei sozialistischen Parteien und in Verbindung mit ihnen die freien Gewerkschaften und der Arbeiterbund. Auch die sozialdemokratischen Betriebsrätevereine Groß-Berlins — wo dürfte die je fehlen? — hat es sich nicht verlagern können mit ihrem Geiste zu brillieren und selbstverständlich! — Erlass der jetzigen Regierung durch eine reine Arbeiterregierung zu fordern. Es wird zwar niemand der Reichsregierung den Vorwurf machen wollen, daß sie gerade in diesem traurigen Falle es habe an Energie fehlen lassen. Trotzdem ist es durchaus zu begrüssen, wenn die politischen Parteien nicht ihr allein die Initiative überlassen, sondern auch ihrerseits sich bemühen, aus diesem neuen Gesetze, das zwar ad hoc geschaffen wird, aber doch für die Dauer bestimmt ist, das Bestmögliche zu machen. Dieser Erfolg wird aber in Frage gestellt und das neue Gesetz von Anfang an diskreditiert, wenn die Reichsregierung durch radikale Forderungen bedrängt und in die Enge getrieben wird. Es ist letzten Endes auch nicht gerade ein Zeichen übermäßigen Vertrauens, wenn die Parteien der Linken der Regierung, in der doch die Mehrheitssozialisten durch drei Mitglieder vertreten sind, jetzt durch eine neue Arbeitsruhe am morgigen Dienstag auf den Leib rücken und erklären, daß sie zum Neuherrn entschlossen sind, um die aufgestellten Forderungen zu verwirklichen. Dabei hat man sich, abgesehen von dieser nicht zu billigen politischen Prestigeaktion, nicht einmal durch das furchtbare Berliner Stadtbahnunglück am Tage der Verdringung Rathenaus warnen lassen, und den Beginn der Arbeitsruhe und die Stilllegung des Straßenbahnbetriebes gleichzeitig wieder auf 1 Uhr mittag festgesetzt. Wollen die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften, die zur Arbeitsruhe aufgerufen, etwa die Verantwortung für ein neues solches

Unglück übernehmen? Politisch gesehen aber erinnern diese Forderungen an jene von den Gewerkschaften nach dem Rapp-Busch aufgestellten Bedingungen, wobei freilich diesmal der grundsätzliche Unterschied nicht zu übersehen ist, daß die politischen Parteien der Linken sie mit ihrer Flagge bedecken.

Es ist selbstverständlich, daß die Deutsche Demokratische Partei mit dieser neuen Arbeitsruhe und diesen neuen Demonstrationen sich nicht einverstanden erklären kann.

Von der Demokratischen Parteileitung ist denn auch auf eine Anfrage die Antwort gegeben worden, daß für die Demokratische Partei keinerlei Anlaß besteht, sich an diesen Kundgebungen und der Arbeitsruhe am 4. d. M. zu beteiligen. Die Demokratische Partei hat durch mancherlei Kundgebungen gezeigt, daß sie entschlossen ist, die Stunde nicht zu veräumen, und einen energischen Schutz der Regierung durchzuführen. Dessen sich wiederholende Streik-Kundgebungen sind dazu aber überflüssig. Das Gesetz zum Schutze der Republik ist in Vorbereitung. Es beschäftigt am Sonnabend den Reichsrat und wird eben am nächsten Dienstag dem Reichstag zugehen, der es voraussichtlich am Mittwoch in erster Lesung erledigen wird. Wozu in diesem Stadium der Entwicklung Streik-Kundgebungen nötig sein sollte, ist unerfindlich. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die den freien Gewerkschaften nicht angehörenden Arbeiter und Angestellten an der Arbeitsruhe sich beteiligen werden, und es sind alle Zweifel darüber erlaubt, ob die Mitglieder der freien Gewerkschaften selber von dieser fortwährenden Arbeitsruhe und dem Verlust an Arbeitsverdienst sehr erfreut sein werden. Wenn die Republik in wirklich ernster Gefahr ist, wird jeder Angestellte sich zur Verfügung stellen. Wenn aber Regierung und Parlament bereits alle Schritte unternommen haben, um den Schutz der Republik zu sichern, dann ist es wirklich überflüssig, durch erneute Kundgebungen und Störungen die Geschäfte der Deutschen nationalen zu besorgen.

Diese Ablehnung wird natürlich die Demokratische Reichstagsfraktion nicht daran hindern, an dem Zustandekommen des Gesetzes nach Kräften mitzuarbeiten, wobei sie freilich unter Schutz der Republik den der jetzigen demokratischen Liberalen, nicht etwa den einer Arierrepublik versteht. Wer es wirklich ernst meint mit der Schaffung dieses Gesetzes, der wird sich davor hüten müssen, ihm einen ausgesprochen einseitigen Charakter zu geben. Um so mehr, als schließlich doch auch nicht vergessen werden darf, daß dieses Gesetz eine Verfassungsänderung bedeutet, und daß ihm bei einer solchen einseitigen Einstellung die notwendige Zweidrittelmehrheit ganz und gar nicht sicher ist. Und endlich: auf das Gesetz selbst kommt es am Ende auch gar nicht so sehr an, als auf die, die es — ausführen.

Gegen den neuen Streik!

Der deutsche Gewerkschaftsbund richtet an seine Mitglieder folgenden Aufruf:

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die drei sozialdemokratischen Parteien fordern die Arbeiter und Angestellten erneut zur Arbeitsruhe für Dienstag, den 4. Juli auf. Beinhaltet die Beteiligung an dieser abermaligen Dahnlegung des Wirtschaftslebens mit Entschiedenheit ab! Solcher sinnloser Mißbrauch der gewerkschaftlichen Machtmittel schädigt das Volk, er vergrößert nur unsere schreiende Not. Dem Schutz der Verfassung und der Sicherung des allgemeinen Rechts wird damit nicht gedient. Christliche Arbeiter, Angestellte und Beamte, erweist euch erneut als Ordnungsbild der deutschen Volksgemeinschaft!

Deutscher Gewerkschaftsbund.
Siegerwald.

Der preussische Kultusminister an die Lehrer.

Der Ausschrei der ganzen gestifteten Menschheit über die schändliche Mordtat an Walter Rathenau hat leider in Deutschland verschiedene Ausnahmen gehabt. Um beklagenswertesten aber ist es wohl, daß einzelne höhere Lehrer den amtlichen Auftrag zu einem Aufruf für Rathenau in einer Weise ausgeführt haben, die nicht davon zeugt, daß es gegenüber diesem Verbrechen nur eine Meinung geben kann. Auch aus manchem Schulermunde sind aus diesem Anlaß Äußerungen gekommen, die auf einen tieferschredenden Mangel an menschlicher Gesittung schließen lassen. Es ist darum zu begrüssen, daß der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Voelzig einen Aufruf an die

Lehrer richtet, ihr Bestes einzusetzen, damit die furchtbare Verwilderung der sittlichen Begriffe wirksam bekämpft werde. Der Minister weist darauf hin, daß mehr als je der Jugend Erziehung not tut und die Heranbildung der Jugend zu lebendigen, verantwortungsbewußten Persönlichkeiten müsse Aufgabe nicht nur des Schulunterrichts, sondern des Gesamtunterrichts sein. In einem besonderen Absätze weist der Minister noch darauf hin, daß die höheren Schulen vor allem eine ernste Verantwortung zu tragen haben, da aus ihnen die künftigen Führer des Volkes hervorgehen. Hier muß den Schülern klargemacht werden, daß geistige Kämpfe nur mit geistigen Waffen und nicht mit brutaler Gewalt ausgekämpft werden können; daß sachliche Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze der Weltanschauungen die Lösung von den Parteien des Gegners nicht mindern dürfen. Der Minister hat recht, wenn er meint, daß dies Selbstverständlichkeiten sind, aber er hat auch darin recht, daß diese Anschauungen Selbstverständlichkeiten für die heranwachsende Jugend werden müssen. Um dieses schöne Ziel zu erreichen, wird man aber kaum darum herumkommen, heftig veranlagte Pädagogen von der Jugend wegzunehmen.

Der Rathenau-Mord und die Rechtsradikalen.

Die weiteren Bestellungen über die Helfer des Rathenau-Mordes haben rechtsradikale Kreise auf das schwerste kompromittiert. Deren Presse sollte endlich das Bestreben aufgeben und offen eingestehen, daß die heimlichen deutschen nationalen Politik ihren unmittelbaren verberblichen Einfluß auf die Urheber des Mordes gehabt hat. Diese haben offenbar geglaubt, daß sie mit ihrer unfeigen Tat im Sinne der politischen Führer der deutschen nationalen Volkspartei handeln. Nachdem jetzt der Namenspruch bekannt geworden ist, den Helfertisch an den Mordgehilfen Günther richtete, und in dem es heißt: Vereize die Zukunft! so muß man denn doch bemerken, daß hier alles dafür spricht, daß ein junger Mensch wie Günther darunter eine konkrete Handlung verstanden hat. Besonders intim haben mit diesem Günther dann noch Jagow und Dudenorff gestanden. Jagow hat ihn als Kurier nach München verwendet, Dudenorff schreibt mit herzlichem Gruß an seinen lieben Günther. Deutsche nationale Barons haben am Morde mehr oder weniger direkt mitgewirkt und nach dem Vorwärts soll das deutschnationale Parteibüro in Danabrad kompromittiert sein. Jedenfalls sollte die rechtsstehenden Blätter lieber einen unerbittlichen Kampf gegen diese Erscheinungen führen, als jetzt gegen die Linke den Gefährten herauszuführen.

Unruhen in Oberschlesien.

Bersärfster Belagerungszustand über Ratibor.

Nach der Ostdeutschen Morgenpost wurde Freitag abend in Ratibor ein französischer Divizion von Zivilisten angegriffen. Als eine italienische Patrouille eingriff, fielen Schüsse, wobei zwei Italiener schwer verletzt wurden. Von welcher Seite die Schüsse kamen, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Erregung der Massen wird darauf zurückgeführt, daß im Laufe des Freitagmorgens einige französische Autos in Ratibor eintrafen, um die Waffen der in der Auflösung begriffenen Abteilungs-polizei abzutransportieren. Daraufhin bildeten sich große Menschenansammlungen, die gegen den Abtransport der Waffen demonstrierten. Die Stadtverordnetenversammlung wurde in Anwesenheit des Zwischenfalls aufgelöst und dabei bekannt gegeben, daß der Kommandant der Besatzungstruppen aufgefordert habe, auf die Massen beruhigend zu wirken, wenn nicht binnen einer halben Stunde die Straßen von den Massen geräumt wären, würde das Feuer eröffnet werden. Die Garnison wurde alarmiert und schritt mit schußbereiten Waffen gegen die Massen. Im Zusammenhang mit diesem Zwischenfall wurde der Belagerungszustand über Ratibor verhängt.

Kämpfe in Gleiwitz.

Bei Ablieferung der Waffen kam es in Gleiwitz am Sonnabend zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und französischem Militär. In einem Gefecht wurden 15 Personen getötet, darunter ein Franzose. Panzerautos durchfahren die Stadt. Um 10 Uhr hörte man noch Gewehrfeuer. Ueber Gleiwitz ist der verhängte Belagerungszustand verhängt. Am Sonntag war Verhinderung eingetreten, zumal im Laufe des gestrigen Tages die Franzosen die Stadt verlassen haben, nachdem die Italiener bereits abgerückt sind und mehrere Hundertschaften der Schutzpolizei in Gleiwitz eintrafen. Der über Gleiwitz verhängte Belagerungszustand hat heute früh sein Ende erreicht. Der Flagen-

